

Bürger für Bürger
BÜRGERLISTE Leverkusen e.V.
 überparteilich - tolerant

Fraktion

Eingang: 06.04.2012

BÜRGERLISTE 51379 Leverkusen, Kölner Straße 34

Tel. 0214 / 406-8730 Fax 406-8731
 fraktion-buergerliste@versanet-online.de
 www.buergerliste.de

2

A. O. B. O. U.

2. Ou. Mi. 10. 10.

An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Büro des Rates

Bitte setzen Sie nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien sowie die der Bezirke I/II/III und die des Rates:

Die Stadt Leverkusen nimmt Kontakt zu all den Nachbargemeinden auf, die in NRW von der Transversalen Güterstrecke Rotterdam-Genua betroffen sind, übermittelt diesen nachfolgende Forderungen und bittet sie, diese von ihren Räten - entsprechend ortszutreffend modifiziert - verabschieden zu lassen, und sie dann gemeinsam gegenüber dem Land NRW und dem Bund zu vertreten:

Forderungen zur Transversalen Güterstrecke Rotterdam-Genua

- 1.) Die Bürgerinnen und Bürger Leverkusens, insbesondere die aus den stark betroffenen Stadtteilen Opladen, Alkenrath/Schlebusch-Rath, Manfort/Schlebusch, sowie der Rat unserer Stadt sind ab sofort umfassend über alle Fakten, Planungen und Baumaßnahmen zu informieren, die die Gütertransversale Rotterdam-Genua sowie deren Teilstück auf Leverkusener Gebiet betreffen, insbesondere über die, die Einfluss auf Art/Umfang der Trassennutzung sowie ihren Lärm- und Vibrationsschutz haben.
- 2.) Die Bürgerinnen und Bürger Leverkusens fordern über ihren Rat den Gesetzgeber auf, den so genannten Schienenbonus sowie weitere Bahnprivilegien, die den Eindruck erwecken, die Bahn agiere im rechtsfreien Raum, abzuschaffen und hierfür Gesetze zu schaffen, die dem Bundesimmissionsschutzgesetz und seinen Verordnungen entspricht.
- 3.) Die Umwandlung von Bahnstrecken zu Teil- oder Vollgüterstrecken sind in ihrer Planung und Genehmigung dem Neubau von Strecken gleichzusetzen, da es sich hier um eine erhebliche/wesentliche Umwidmung im Sinne des Immissionsschutzes handelt.
- 4.) Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Leverkusen fordern über ihren Rat sowohl die betroffenen Bezirksregierungen als insbesondere auch die Landes-

regierung NRW auf, die vorausgegangenen drei Grundforderungen zu unterstützen, und hierfür Kontaktstellen in den betroffenen Bezirksregierungen bzw. Ministerien einzurichten, die den betroffenen Räten der Städte und Gemeinden sowie den sich bildenden Bürgerinitiativen in NRW als Berater und Informationshilfen dienen sollen.

Barbara Trampenau Stefan Manglitz Michael Quatz Paul Scharbrodt

Ulrike Lorenz Bernd Neufeind Günter Schmitz Denis Beca Horst Müller


i. A. (Erhard T. Schoofs)